

Jahresbericht 2012 der Amadeu Antonio Stiftung

Einleitung

In der operativen Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung im Jahr 2012 haben sich vier Themen als besonders innovativ und für die Zukunft wichtig herausgestellt:

1. Arbeit mit Jugendlichen im Internet und in den sozialen Netzwerken gegen Nazis
2. Gender und Rechtsextremismus
3. Moderner Antisemitismus
4. Rechtsextremismus im ländlichen Raum

Im Folgenden werden die Themen, ihre Umsetzung in Projekten und die Perspektiven dazu erläutert.

1. Bei der Arbeit mit Jugendlichen im Netz knüpft die Amadeu Antonio Stiftung an ihre langjährige Erfahrung in der digitalen Welt des Internets an. Seit 2003 bereits betreibt sie das Portal „Mut gegen rechte Gewalt“ und seit 2009 das Webprojekt „Netz gegen Nazis“. Aus den Erkenntnissen dieses Arbeitsschwerpunkts war es der Stiftung möglich, sich gut auf die sich rasch veränderten Gewohnheiten der Nutzung des Internets und dessen Wirkung auf die Informations- und Debattenkultur in der Gesellschaft einzustellen. Damit konnte sie auch innovativ auf die Initiative rechtsextremer Gruppen reagieren, sich in den sozialen Netzwerken und allgemein im Web 2.0 mit Themen breitzumachen, die nicht auf den ersten Blick rechtsextrem wirken. Der Rechtsextremismus in Deutschland ist im Internet noch immer aktiver und besser vernetzt, als es die Gegenaktivitäten sind. Mit ihrem Projekt „No Nazi.Net“ ist es der Stiftung gelungen hier aufzuholen. Die Mittel für diese Arbeit reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um aus der Defensive herauszutreten und offensiv agieren zu können. Ideen dafür sind reichlich vorhanden, ihre Umsetzung jedoch ist mit dem kleinen Stellenpool und den eingeschränkten technischen Möglichkeiten nicht möglich. Das Projekt wird vom BMFSFJ bis Anfang 2014 in der bestehenden Form gefördert; die notwendigen Mittel zur Kofinanzierung müssen teilweise jedoch von der Stiftung erbracht werden. Zudem gab es auch ergänzende zweckgebundene Mittel der Bosch Stiftung und von google europe. Die Einwerbung von Mitteln erforderte im Berichtszeitraum eine enorme Anstrengung und wird auch für die Zukunft des Projektes ein Problem sein. Die Amadeu Antonio Stiftung könnte perspektivisch viel Innovation in das Themenfeld Onlinebildung einbringen, das sich sowohl in Kooperation mit Schulen als auch mit allgemeinen Usergruppen bewährt hat. Der gesamte Bereich der visuellen Vernetzung beispielsweise, der bis in den Unterricht hineinreichen kann, ist bisher noch unterentwickelt. Das technische und inhaltliche Potential der Stiftung sollte bessere Bedingungen haben.

2. Nach der Festnahme von Beate Zschäpe von der Terrorgruppe NSU gibt es eine größere, öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Frauen und Rechtsextremismus. Bereits seit fünf Jahren arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung in Ludwigslust in der Praxis im Feld Gender und Rechtsextremismus. Dabei geht

es vor allem um Geschlechterrollen im Rechtsextremismus. In der Region Mecklenburg haben sich viele rechtsextreme Familien angesiedelt, die offensiv ihr Lebensmodell propagieren. Darüber hinaus sind auch die aus der Region stammenden Rechtsextremisten inzwischen Familienväter geworden, sodass die Vorstellung vom jungen und männlichen Nazi nicht mehr zutrifft. Um die Erfahrungen der Praxis mit denen der Wissenschaft zu verbinden, hat die Amadeu Antonio Stiftung bereits vor zwei Jahren die Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ gegründet. Die Förderung für beide Projekte kommt von der Dreilinden gGmbH. Mit dem allgemeinen Interesse am NSU-Fall hat die Stiftung darüber hinaus eine Förderung durch den Open Society Fund to Counter Xenophobia erhalten, durch die eine Analyse der öffentlichen Wahrnehmung rechter Frauen, insbesondere im Rahmen einer Begleitung des Prozesses von Beate Zschäpe, und die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die Zukunft ermöglicht wird

3. Seit ihrer Gründung beschäftigt sich die Amadeu Antonio Stiftung mit Antisemitismus. Nach dem Fall der Mauer war dieses Thema in der öffentlichen Wahrnehmung des vereinten Deutschland kaum vorhanden. Gerade deshalb behandelte die Stiftung sehr erfolgreich das Erbe des Antisemitismus in der DDR. Damit konnten die Projekte der Amadeu Antonio Stiftung hier auch ständig auf der Höhe der Debatte agieren bzw. trugen entscheidend dazu bei. Es ist deutlich geworden, dass der moderne Antisemitismus stärker an die Traditionslinie in der DDR anknüpft als an die klassischen Formen in der alten Bundesrepublik. Selbst in der Debatte um Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft orientiert sie sich mehr an antiisraelischen Feindbildern denn an seinen sekundären Formen. Inzwischen jedoch wachsen der sekundäre Antisemitismus und die israelfeindlichen Projektionen zusammen. Das Ressentiment, "Die Juden ziehen aus dem Holocaust Vorteile" geht nun einher mit dem Vorurteil "Israel ist die größte Gefahr für den Weltfrieden". Die Amadeu Antonio Stiftung hat sich intensiv mit diesem neuen, israelbezogenen Antisemitismus besonders in der Mitte der Gesellschaft beschäftigt und dabei festgestellt, dass frühere ausschließlich linke Formen des Ressentiments mittlerweile den Mainstream der Gesellschaft durchziehen. Seit zehn Jahren veranstaltet die Amadeu Antonio Stiftung die Aktionswochen gegen Antisemitismus und ist in den vergangenen zwei Jahren durch das BMFSFJ für das Thema israelbezogener Antisemitismus gefördert worden. Diese Förderung wurde zum Ende 2012 eingestellt. Die Aktionswochen werden aber weitergeführt. Mit dem Projekt „ju:an – Jugendarbeit gegen Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien“, in dessen Rahmen die Stiftung gemeinsam mit Jugendfreizeiteinrichtungen langfristige pädagogische Strategien zu diesem Themenfeld entwickelt, fließen wichtige Erkenntnisse aus der Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft in den Erfahrungspool der Stiftung ein. Auch dieses Projekt wird von BMFSFJ und darüber hinaus von den Ländern Berlin und Niedersachsen sowie der Stadt Hannover und der Stiftung Pfefferwerk gefördert. Das Thema Antisemitismus, eng verbunden mit Erinnerungskultur, bleibt Teil des Profils der Amadeu Antonio Stiftung.

4. Auch bei den Aktivitäten für demokratische Kultur im ländlichen Raum gibt es in der Amadeu Antonio Stiftung eine langjährige Kontinuität. Schon kurz nach ihrer

Gründung hatten die Gremien der Stiftung beschlossen, auf den ländlichen Raum einen besonderen Schwerpunkt zu legen. Die ersten Bemühungen, hier Einfluss zu nehmen, fanden in Vorpommern in der Region Anklam statt. In Brandenburg unterstützte die Stiftung die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark als eine regionale Agentur für die Entwicklung demokratischer Alltagskultur. Das Konzept der Bürgerstiftung in Ostdeutschland auf dieses Thema hin auszurichten, ist nach wie vor Teil der Stiftungsaktivitäten. Doch auch in Mecklenburg-Vorpommern engagiert sich die Stiftung sehr stark. Sowohl das Projekt zu Gender und Rechtsextremismus, „Lola für Lulu“, als auch das Projekt „Region in Aktion“, gefördert vom BMI im Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, knüpfen an diese Erfahrungen an. Letzteres ist derzeit in Ostvorpommern und in Brandenburg aktiv. Sein Ziel ist es, neue und offensive Formen der Kommunikation für demokratische Teilhabe zu organisieren und aktuelle Probleme in der Region nicht den Nazis und deren Deutungshoheit zu überlassen. Rechtsextremismus ist in ländlichen Regionen inzwischen bundesweit ein Problem, weswegen auch Kampagnen wie „Kein Ort für Neonazis“ einschließlich ihrer kleinteiligen Förderungen für lokale Aktivitäten außerordentlich erfolgreich und populär geworden sind. Die Verbreitung von Kameradschaften auch in den Westen hinein erfordert einen besonderen Blick auf die Bedürfnisse und Probleme im ländlichen Raum. Kameradschaften sind auch in Städten aktiv, nutzen aber auch hier das Land als Rückzugsraum. Die Stiftung wird dazu deswegen verstärkt im Westen arbeiten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle operativen Projekte der Amadeu Antonio Stiftung gerade wegen ihrer langjährigen Praxis außerordentlich innovativ sind. Innovation bedeutet, das Feld zu kennen, gefestigte Erfahrungen zu haben, gemeinsam mit Partnern vor Ort die Veränderungen zu entwickeln und den Mut zu haben, Entwicklungen wahrzunehmen, sie mit den Erfahrungen abzugleichen und einen neuen Schritt in den Projekten zu wagen. Innovation bedeutet auch, sich aktuellen Debatten zu stellen und sie mit zu prägen.

Politisch hat die Amadeu Antonio Stiftung einen zentralen Platz in der Diskussion um die Folgen des NSU. Sie wirkt in den zivilgesellschaftlichen Gremien mit, die Konzepte dafür entwickeln, welches nach der Bundestagswahl im Herbst die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strategien sein müssen, die in Deutschland für die Abwehr von Gefahren und die Stärkung der demokratischen Kultur gebraucht werden. Die Stiftung nimmt dabei noch stärker als vor den NSU-Morden den Rassismus in Deutschland in den Blick. Sie bemüht sich um den Transfer von Erfahrungen aus England, wo diese Debatte bereits intensiv geführt wird. Sie beteiligt sich im Rahmen eines Konsortiums von NGOs an einem Projekt, bei dem es um den Transfer von Erfahrungen aus Großbritannien zu strukturellem Rassismus in der Polizei geht.

Die Expertise der Amadeu Antonio Stiftung wird auch nach wie vor in der Öffentlichkeit abgefragt. Auch Politikerinnen und Politiker sowie Verwaltungen verschiedener Bundesländer richten sich mit fachlichen Anfragen an die Stiftung. Deshalb kann gesagt werden, dass die Stiftung auf diese Weise immer mehr Service leistet, damit andere staatliche und nicht-staatliche Organisationen sowie

Hochschulen und Universitäten besser in der Lage sind, Rechtsextremismus zu bekämpfen und sich für demokratische Kultur zu engagieren.

In der Förderpraxis knüpft die Stiftung an ihre Netzwerke an und weitet sie gleichzeitig nach fachlichen und regionalen Kriterien aus. Die Akquise von Spendenmitteln und die Betreuung der Antragsteller sind in das Stiftungsgeschehen integriert. Das bedeutet, dass sowohl die Förderprojekte als auch Spenderinnen und Spender Quelle und Ziel von Erfahrungstransfers der Stiftung sind. Sie werden aktiv eingebunden und regelmäßig informiert. Dieses Feld wird die Amadeu Antonio Stiftung noch weiter ausbauen. An der finanziellen Ausstattung der Stiftung muss weiter gearbeitet werden, um einerseits die Zeiten zwischen staatlichen Fördermaßnahmen zu überbrücken und andererseits politisch weiter unabhängig bleiben zu können.

I. Ermutigen

Das Portal „Netz gegen Nazis“ und der damit verbundene Blog „no-nazi.net“ waren und sind 2011 und 2012 enorm erfolgreich, sehr stark besucht und gefragt. Die Inhalte beider Seiten wurden von unterschiedlichen Zielgruppen auf breiter Basis verteilt, kommentiert und mit Klicks bedacht.

Eine besondere Zielgruppe sind dabei Schülerinnen und Schüler, die wir seit April 2011 mit „no-nazi.net“ erreichen: Mit einer jugendgerechten Ansprache, speziellen Beitragsformen und einem niedrigschwelligen Angebot sollen sie zu einem kreativen, verantwortungsbewussten und engagierten Handeln gegen Rechtsextremismus ermutigt werden.

Die zahlreichen Kommentare und Anfragen, die wir sowohl über unsere "no-nazi.net"- als auch unsere "Netz gegen Nazis"-Präsenzen erhalten, zeigen, dass wir als kompetente und hilfreiche Anlaufstelle für den Umgang mit Rechtsextremismus im Internet wahrgenommen werden. Ein weiterer Beleg dafür ist die Entwicklung der Zugriffszahlen am Beispiel von "Netz gegen Nazis":



2009 (ohne Januar)

Der Erfolg der Seiten macht sich auch durch eine ganz andere Resonanz bemerkbar: Regelmäßig werden wir wegen unserer Inhalte von Rechtsextremen verklagt. Obwohl wir diese Prozesse immer gewinnen, sind damit natürlich erhebliche Kosten verbunden. So haben etwa allein die anwaltlichen Kosten, die wegen des Artikels über Dachtuning (<http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/rechte-alltagskultur-wenn-ruhm-und-ehre-der-dachbeschichtung-geb%C3%BChren-7867>) entstanden sind, über 2.000 € betragen.

Dennoch zeigen die Klagen, wie sehr die Nazis sich an unseren Informationen mit unseren Angeboten stören – was wir noch ausbauen wollen.

Mit dem neuen Portal „Fußball gegen Nazis“, das punktuell durch die ZEIT-Stiftung gefördert wird, greifen wir das immer wichtigere Thema von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit generell in und um Stadien auf. Neben Musik ist Fußball für

Nazis das wichtigste Rekrutierungsfeld. „Fußball gegen Nazis“ wird hier einen starken inhaltlichen Kontrapunkt setzen, über entsprechende Vorfälle berichten und erfolgreiche Gegenaktionen vorstellen.

Insgesamt ist unsere starke Präsenz in den sozialen Netzwerken die richtige Antwort auf die Tatsache, dass Rechtsextreme eben jene immer intensiver und vor allem professioneller nutzen. Mit mal mehr, mal minder subtilen Kampagnen und Wortergreifungsstrategien versuchen sie, ihre rassistische Propaganda an den "Normal-User" zu bringen. Dem lässt sich nur mit steter und fundierter Aufklärung begegnen – was wir mit unseren Portalen an eben dieser Stelle leisten.

Mut gegen rechte Gewalt

Die *stern*-Kampagne „Mut gegen rechte Gewalt“ soll Menschen ermutigen und fördern, sich gegen rechte Gewalt zu engagieren. Im Jahr 2012 wurden verschiedene Projekte gefördert, die dem Ziel der Ermutigung und Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft entsprechen.

Die Fördersumme von 7.850 € ging überwiegend an jugendkulturelle Projekte im gesamten Bundesgebiet.

So wurde im Rahmen der MUT-Förderung beispielsweise das *Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule e.V.* unterstützt. Der Verein schafft nichtrechte Kulturangebote in Eberswalde mit Konzerten von Punkrock bis Reggae und zeigt u.a. regelmäßig Ausstellungen in dem ehemaligen Außenlager vom KZ Ravensbrück. Außerdem wurde die *Soziale und Politische Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna e.V.* gefördert. Die Jugendlichen aus der sächsischen Kleinstadt organisieren schon zum dritten Mal das „Stay Rebel“ Festival, um dem dominierenden rechten Lifestyle im Ort etwas entgegenzusetzen. Auch in Troisdorf (Rhein-Sieg-Kreis) und Rathenow (Havelland) konnten dank der Mut-Förderung ein Projekttag mit Konzerten sowie das „Laut und Bunt“-Festival stattfinden.

Neben der Projektförderung bildet das Internetportal www.mut-gegen-rechte-gewalt.de den zweiten Schwerpunkt der MUT-Aktion. Hier wird tagesaktuell über gute Aktionen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus berichtet. Die Zugriffszahlen liegen, ähnlich wie im Vorjahr, im Bereich von rund 100.000 Klicks im Monat. Es ist festzustellen, dass die Besucherinnen und Besucher überwiegend über Facebook auf die Webseite gelangen.

Ein Blick in die Statistik des Internetportals zeigt, dass vor allem das Lexikon (<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon>) von den Usern genutzt wird. An zweiter Stelle der „Klick-Charts“ steht die „Chronik der Gewalt“ (<http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik>), die täglich rechte Gewalttaten dokumentiert.

Im Jahr 2013 soll die Präsenz in den sozialen Netzwerken optimiert und weiter ausgebaut werden. Zudem soll der inhaltliche Schwerpunkt der Seite – Artikel über „Best Practice“-Projekte – wieder stärker in den Fokus genommen werden.

Sächsischer Förderpreis für Demokratie 2012

Die Ausschreibung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie war ein großer Erfolg. Die *stern*-Kampagne „Mut gegen rechte Gewalt“ ist Medienpartnerin des Preises. Insgesamt haben sich 56 Initiativen und Projekte für den Preis beworben oder wurden vorgeschlagen.

Die feierliche Preisverleihung fand in diesem Jahr im Festsaal des Kurländer Palais' statt, was allen Beteiligten sehr gut gefiel. Leider ist dieser Veranstaltungsort jedoch nicht barrierefrei – eine Tatsache, die leider zu spät registriert wurde und nur als peinlicher Fauxpas beurteilt werden kann. Im kommenden Jahr gilt es also, einen vergleichbar festlichen, ansprechenden Rahmen zu finden, der aber für alle Menschen zugänglich ist.

Zur Preisverleihung kamen mehr als 120 Gäste, die den Festsaal gut ausfüllten und zur tollen Stimmung beitrugen. Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse hielt eine denkwürdige Laudatio auf die Preisträger, die im Internet nachgelesen werden kann: <http://www.thierse.de/archiv/2012/saechsischer-foerderpreis>

Erfreulicherweise konnten auch 2012 wieder die Freudenberg Stiftung und die Sebastian Cobler Stiftung als Partnerinnen für den Demokratie-Preis gewonnen werden. Beide beteiligten sich mit 5.000 € an der Veranstaltung.

Die diesjährigen Preisträger:

Einen Hauptpreis (dotiert mit je 5.000 €) erhielten:

- das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“, das jedes Jahr im Februar gegen den Aufmarsch von Neonazis in Dresden vielfältige Gegenproteste organisiert
- der Initiativkreis „Menschen.Würdig“, der sich für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen in Leipzig einsetzt und gegen den alltäglichen Rassismus kämpft

Einen Anerkennungspreis (dotiert mit je 1.000 €) erhielten:

- die Initiative „Bunter Schall als Widerhall“ aus Vierkirchen, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft und gegen die Neonazis in der Oberlausitz einsetzt
- das Bürgerbündnis „Bunter Brühl“ aus Chemnitz, das unermüdlich gegen ein Bekleidungsgeschäft der Neonazi-Szene kämpft
- „ColoRadio“, das Freie Radio in Sachsen, das kontinuierlich über rechtsextreme Umtriebe berichtet und eine wichtige Netzwerkstelle für alle Initiativen darstellt
- das Fan-Projekt Dresden, das im „Lernzentrum Denk-Anstoß“ Jugendliche gegen die Anwerbe-Versuche von Neonazis im Fußball wappnet
- die Kulturfabrik Hoyerswerda und die RAA Ostsachsen / Hoyerswerda e.V., die mit dem Projekt „Mitwisser gesucht!“ junge Menschen über die Pogrome in Hoyerswerda 1991 aufklären
- das Netzwerk für Demokratische Kultur Wurzen, das mit dem Projekt „Jugend wird aktiv“ durch Bildung und Partizipation demokratischer Akteure in der Region stärkt
- die Soziale und Politische Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna, die unermüdlich versucht, dem rechten Mainstream in der Stadt etwas entgegenzusetzen
- WIR – Gemeinsam in Zwickau, eine Migrantenselbstorganisation, die in allen Arbeitsfeldern der Migrationssozialarbeit tätig ist

II. Beraten: Operative Stiftungsarbeit

„Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum“

In peripherisierten Räumen, in denen Kommunen zusammengelegt werden, Infrastruktur wegbricht und Zeitungen eingestellt werden, nutzen Nazis die entstehenden Leerstellen, um als „Kümmerer“ der Menschen vor Ort aufzutreten. Sie zeigen sich als Personen und Organisationen, die die Bedürfnisse und Verhältnisse vor Ort kennen, bieten Lösungen an und unterwandern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Fahrenwalde in Mecklenburg-Vorpommern ist solch eine Region. Um die demokratische Kultur zu stärken, fördert das Projekt „Region in Aktion“ deshalb die Kommunikation und den Austausch zivilgesellschaftlicher Initiativen mit dem Ziel, demokratische Akteure zu vernetzen und dadurch sichtbar zu machen. In einer zu Beginn des Projektes durchgeführten Befragung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der Region hatte sich herausgestellt, dass diese ein starkes Bedürfnis nach Kommunikation und Informationsinfrastruktur haben.

Die im Projekt angeregte und initiierte Vernetzung, u.a. durch Dialogtage und die „held/in_dorf“-Bustour, trug maßgeblich dazu bei, das NPD-Pressfest in Viereck bei Pasewalk breit zivilgesellschaftlich zu begleiten bzw. im Rahmen der Möglichkeiten zu verhindern.

Gemeinsam mit vielen lokalen Akteuren hat es die Stiftung geschafft, dass Vorpommern – als das Synonym für eine „Naziregion“ in Ostdeutschland – auf einmal bunt und gewaltfrei gegen Nazis protestiert hat. Dazu hat auch der Schwerpunkt der gezielten Aktivierung älterer Menschen beigetragen. Das im Vorfeld des Pressefestes entstandene Bündnis „Vorpommern: Welt offen, demokratisch, bunt!“ gibt der Vernetzungsarbeit eine stabile, dauerhafte Basis, deren Wirkungskreis weit über die Projektregion Fahrenwalde hinausreicht.

In der Region Zossen in Brandenburg gibt es eine etablierte, rechtsextreme Szene. Die Bürgerinitiative Zossen zeigt Gesicht, arbeitet kontinuierlich gegen Rechtsextremismus, steht jedoch in der Stadt weitgehend isoliert da. Das Problem mit dem Rechtsextremismus in der Region wird von kommunalen Akteuren unterschiedlich problematisch eingeschätzt bzw. verharmlosend dargestellt. Auf Grund des dadurch resultierenden Konflikts gibt es nicht nur eine zerstrittene Bürgerschaft in der Stadt, sondern viele Menschen, die sich durch die Polarisierung nicht zivilgesellschaftlich engagieren wollen, da sie von dem Konflikt abgeschreckt sind. In dieser Situation thematisiert „Region in Aktion“ in verschiedenen Projekten die Geschichte der Stadt, um Kommunikationssituationen zu schaffen, in denen über Grundwerte der Demokratie und gesellschaftliche Verantwortung gesprochen wird. So entstand das Projekt „9. November: Zossen Zeitreise“, bei dem – in Zusammenarbeit sowohl mit der Stadt als auch mit der Bürgerinitiative – Kinder und Erwachsene im intergenerationellen Dialog ihre Fragen und Erfahrungen zum 9. November 1918, 1938 und 1989 ausgetauscht und zu einem Theaterstück aufbereitet haben. So wurden Gruppen einbezogen, die sich bisher weder politisch noch zivilgesellschaftlich engagiert haben und Menschen zusammen gebracht, die normalerweise nicht miteinander sprechen.

Das Projekt wird vom Bundesministerium des Innern im Rahmen des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ bis Juni 2013 mit einem Volumen von 300.000 € (10% Fehlbedarfsfinanzierung) gefördert.

„Fachstelle Gender und Rechtsextremismus“

Das Thema Gender und Rechtsextremismus – insbesondere Frauen und Rechtsextremismus – war 2012 präsenter in der öffentlichen Wahrnehmung, vor allem durch den NSU-Fall und die Rolle von Beate Zschäpe, aber auch durch den Film „Kriegerin“, der im Januar 2012 in die deutschen Kinos kam. Gleichzeitig hat die mediale Berichterstattung vor allem zu Beate Zschäpe auch gezeigt, dass es noch großen Informations- und Sensibilisierungsbedarf zum Thema Gender und Rechtsextremismus gibt – sowohl bei Medienschaffenden als auch bei anderen Akteurinnen und Akteuren.

Die Fachstelle reagierte 2012 auf den zunehmenden Informations- und Weiterbildungsbedarf, der sich durch eine wachsende Anzahl von Anfragen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Interviews, Vorträgen und Teilnahme an Fachgremien ausdrückte.

Vertreterinnen der Fachstelle hielten Vorträge (beispielsweise bei einer Veranstaltung der Bildungsstätte Helmstedt für Bundeswehrsoldatinnen und –soldaten zu Frauen und Rechtsextremismus und dem ersten europäischen Workshop „Gender and Far Right Politics“) und beteiligten sich an Fachgremien/-beiräten zahlreicher Projekte und Initiativen aus den Bereichen Demokratieförderung, Rechtsextremismusprävention und Geschlechterrollen (z.B. „Mut vor Ort“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. oder cultures interactive - Verein zur kulturellen Bildung und Gewaltprävention e.V.).

Die Fachstelle fördert die bundesweite Vernetzung der Akteure im Bereich geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention durch das Angebot eines Arbeitskreises für pädagogische Projekte, die in diesem Themenfeld aktiv sind. Der Arbeitskreis bietet einen Raum zum Austausch zwischen den Projekten, Dialog zwischen Theorie und Praxis und zum Identifizieren von Handlungsbedarfen, Entwicklung von Qualitätsstandards und politischen Forderungen.

Darüber hinaus informiert die Fachstelle auch im Dialog mit anderen fördernden Institutionen zum Thema Gender und Rechtsextremismus und identifiziert mögliche Bereiche der Zusammenarbeit. So wird beispielsweise eine neu gewonnene Finanzierung durch den „Fund to Counter Xenophobia“ der Open Society Foundations der Fachstelle im kommenden Jahr ermöglichen, die Wahrnehmung von rechten Frauen (mit besonderem Schwerpunkt auf den Prozess um Beate Zschäpe) zu beobachten, zu analysieren und gemeinsam mit einem Netzwerk von Partnerorganisationen politische Forderungen zu formulieren.

Der von der Fachstellenleiterin Dr. Heike Radvan herausgegebene Sammelband „Gender und Rechtsextremismusprävention“ wird Anfang 2013 veröffentlicht (Metropol-Verlag, ISBN: 978-3-86331-043-1, ca. 300 Seiten).

Förderung: Dreilinden gGmbH, Fördervolumen: 50.000 €

„Lola für Ludwigslust“ – Zivilgesellschaftliches Engagement und Empowerment von Mädchen und Frauen im Landkreis Ludwigslust

Dass die Stolpersteine, die an individuelle Opfer erinnern und sie so in die Stadtgeschichte re-integrieren, rechtsextremen Menschen ein Dorn im Auge sind, wurde in diesem Jahr erneut unter Beweis gestellt, indem in Wismar, Greifswald und Sassnitz die Steine über Nacht überklebt bzw. entfernt wurden. Daher werden Stolpersteine in den neuen Bundesländern von demokratisch gesinnten Menschen als Aktion gegen Rechtsextremismus aufgefasst. Dementsprechend groß war bei der Verlegung neuer Stolpersteine die Beteiligung an der Aktion und dem Rahmenprogramm in Ludwigslust. Es konnten bedeutende lokale und überregionale Kooperationspartnerinnen und -partner gewonnen werden, die in gemeinsamen Flyern mit einem Begleitprogramm auftraten. Über 100 Personen nahmen an der Verlegung von fünf Stolpersteinen teil.

Das von „Lola“ selbst veranstaltete Begleitprogramm bestand aus mehreren Projekten, bei denen die Geschlechterperspektive auf unterschiedliche Weise Berücksichtigung fand. Dadurch wurde die Geschlechterperspektive in Bezug auf die Rechtsextremismusprävention in der Stadt und im Kreis Ludwigslust erneut eine größere Präsenz verliehen.

Unter anderem wurde der Film „Das Haus in der Auguststraße“ von Ayelet Bargur, in dem es um weibliche Vorbilder der Zivilcourage geht, vorgeführt, eine Kooperation der Geschichtsdidaktik der FU Berlin mit drei Ludwigsluster Schulen koordiniert, bei der Lehramtstudierende fünf Projekteinheiten zum nationalsozialistischen Ideologem der Volksgemeinschaft vorbereiteten, ein Politischen Salon zu geschlechtsspezifischen Aspekte der Verfolgung jüdischer Deutscher durchgeführt, eine Peer Leader-Gruppe gegründet, die zu einem ersten Wochenende in die Gedenkstätte Ravensbrück fuhr, und in Kooperation mit einer Schülerinnengruppe des Goethe-Gymnasiums und der ev. Stadtkirchengemeinde die lokale Verfolgungsgeschichte rekonstruiert sowie eine Ausstellung für das Rathaus und drei Flyer erstellt.

Da "Lola" erneut erfolgreich einen Beteiligungsfonds der LAP-Mittel des Bundesprogramms "Toleranz fördern – Kompetenz stärken" beantragte, konnte kleinere Beteiligungsprojekte auch gefördert werden. Weitere Projektmittel wurden an kleinere Projekte im Landkreis vergeben. Dadurch konnten sich die Beziehungen weiter vertiefen, die jetzt als Folge eines von "Lola" durchgeführten Gender-Workshops in einer lokalen Gender-AG mündeten, in der zukünftig gemeinsame Projekte zur geschlechterreflektierten Rechtsextremismusprävention bzw. der Mädchenförderung entwickelt werden.

Schließlich wurde mit einer Veranstaltung im Landratsamt Ludwigslust zu rechtsextremen Familien und Bildungseinrichtungen erneut an die erfolgreiche Handreichung „Demokratie ist doch (k)ein Kindergeburtstag“ angeknüpft.

Förderung: Dreilinden gGmbH; Volumen: 100.000 €, Landeszentrale für politische Bildung MV mit einem Volumen von 1.500 € sowie das Bundesprogramm "Toleranz fördern – Kompetenz stärken", Volumen: 12.000 €

„ju:an – Jugendarbeit gegen Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien“

Das Modellprojekt „ju:an“ kann inzwischen auf ein erfolgreiches erstes Jahr der Projektarbeit zurückblicken. In den kooperierenden Jugendfreizeiteinrichtungen aus Berlin und Hannover ist dem Projektteam Antisemitismus in fast all seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen begegnet, sei es beispielsweise religiös motiviert oder auf Israel bezogen. Aber auch andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Homophobie, (islamfeindlicher) Rassismus oder Sexismus sind dort in unterschiedlich starker Ausprägung wahrzunehmen – und zwar unter der Jugendlichen, aber teilweise auch unter den Jugendarbeitern und -arbeiterinnen.

Deshalb wurde in den vergangenen Monaten die Sensibilisierung der pädagogischen Fachkräfte sowie weiterer Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Rahmen von diversen Arbeitssitzungen sowie einigen Fortbildungen und öffentlichen Veranstaltungen in den Sozialräumen fortgesetzt.

Gemeinsam mit den pädagogischen Teams der Einrichtungen wurden verschiedene Angebote für die jungen Besucherinnen und -besucher durchgeführt, beispielsweise Diskussionsrunden zum Islam und dessen Relevanz für den Alltag der Jugendlichen, theater- und medienpädagogische Empowerment-Workshops für Mädchen of Color, eine von Jugendlichen selbst erarbeitete kleine Rallye zum Thema Homophobie sowie ein Theaterprojekt zu türkisch-jüdischen Biografien im Nationalsozialismus und zu Alltagsrassismus heute.

Die inhaltlich-methodische Fortbildung der Fachkräfte stellt einen längeren Prozess dar, der in der nächsten Projektphase vertieft wird – denn dies ist die Voraussetzung für eine sinnvolle und nachhaltige pädagogische Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen.

Beim ersten Fachnetzwerk-Treffen der kooperierenden Jugendfreizeiteinrichtungen im November hat sich einmal mehr gezeigt, dass Jugendarbeiterinnen und -arbeiter Räume benötigen, um sich u.a. über ihre pädagogische Rolle und ihre eigenen Privilegien auszutauschen und dadurch ihre Handlungssicherheit zu erhöhen.

Im Hinblick auf die anstehende Implementierung erfolgreich erprobter Konzepte und Strategien in die Einrichtungsstrukturen hat sich in den vergangenen Monaten ein neues Projektziel herauskristallisiert: Die Stiftung wird sich an beiden Projektstandorten verstärkt dafür einsetzen, dass die Bearbeitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Qualitätsmanagement der offenen Jugendarbeit verankert wird, indem beispielsweise die pädagogische Bearbeitung des Themenfelds als Querschnittsaufgabe in das „Qualitätshandbuch der Berliner Jugendfreizeitstätten“ eingeht. Wichtig ist es ebenso, diese Inhalte in Zukunft stärker in die (sozial-)pädagogische Ausbildung einzubeziehen. Diesem Bedarf ist das Projektteam bereits mit zwei Kooperationsveranstaltungen an (Fach-) Hochschulen nachgekommen; für 2013 ist ein gemeinsames Praxisseminar an der Hochschule Hannover in Planung. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt wird im kommenden Jahr die Organisation einer Israel-Reise mit Jugendlichen aus einem Berliner Jugendclub darstellen.

Förderung: Das Projekt wurde im Jahr 2012 vom Bundesfamilienministerium, den Ländern Berlin und Niedersachsen, der Stadt Hannover sowie der Stiftung Pfefferwerk mit insgesamt 98.760,45 € gefördert.

Projekt „Israelbezogener Antisemitismus in Ost- und Westdeutschland – Aktionswochen gegen Antisemitismus“

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen besonders hohe Zustimmungsraten zu antisemitischen Aussagen, die sich gegen Israel richten. Vor dem Hintergrund solcher wissenschaftlicher Erhebungen und aktuellen politischen Debatten wird deutlich, dass es im Interesse einer demokratischen Kultur und Debatte verstärkter Anstrengungen in der politischen Bildung bedarf, israelbezogenem Antisemitismus breit zu thematisieren und Orientierungswissen zur Unterscheidung von „israelbezogenem Antisemitismus“ und legitimer Kritik an Israel stärker zu vermitteln.

Im Rahmen des Projektes wurden daher Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit für das Thema israelbezogener Antisemitismus sensibilisiert, ihnen Orientierungswissen zur Unterscheidung von „israelbezogenem Antisemitismus“ und legitimer Kritik an Israel vermittelt, sowie sie mit Methoden zur Bearbeitung dieses Themenfeldes vertraut gemacht, welche sie selbst in ihrer eigenen Praxis anwenden können. Es hat sich gezeigt, dass Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugend- und Sozialarbeit vor allem bei Jugendlichen aus muslimisch sozialisierten Milieus pädagogischen Handlungsbedarf sehen und Verunsicherung vorherrscht, wie darauf angemessen zu reagieren ist. Dies hängt auch damit zusammen, dass sich bei dieser Zielgruppe die antisemitische Israelfeindschaft zum Teil sehr eindeutig äußert. Bei einer deutschen Mehrheitsgesellschaft werden antisemitische Äußerungen in Bezug auf Israel hingegen oftmals erst nach einer intensiveren Auseinandersetzung mit Antisemitismus als solche erkannt. Bislang wurden israelbezogener Antisemitismus und seine Abgrenzung zu Formen legitimer Kritik an Israel, wenn überhaupt, nur in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen aus muslimisch sozialisierten Milieus bearbeitet

Das Projekt hat gezeigt, dass eine Ausrichtung auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft notwendig ist, es aber in der pädagogischen Arbeit anderer Akzente bedarf, denn der israelbezogene Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft ist häufig unterschwelliger als der islamisierte Antisemitismus. Die durch Teile der deutschen Mehrheitsgesellschaft betriebene Fokussierung der Auseinandersetzung mit Antisemitismus auf Personen mit Migrationshintergrund geht zudem oft mit rassistischen Ressentiments einher. Daher ist auch eine gleichzeitige Mitbehandlung von antimuslimischen Ressentiments bei diesem Themenfeld immer mitzudenken. In der Auseinandersetzung mit Formen von Antisemitismus wird in absehbarer Zukunft israelbezogener Antisemitismus eine eher stärkere als schwächere Rolle einnehmen, da diese Form des Antisemitismus häufig schwer zu erkennen ist.

Zu den Ergebnissen der Workshops wurde ein Fachartikel von uns in „Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Bildung und Forschung“ veröffentlicht:
http://www.medaon.de/pdf/MEDAON_11_Riebe_Thoma.pdf

Zudem fanden im Rahmen des Projekts die Aktionswochen gegen Antisemitismus statt. Ziel der Aktionswochen war es wie in den Jahren zuvor, das Gedenken an die Novemberpogrome mit der Thematisierung von aktuellem Antisemitismus zu verbinden. Dieses Jahr beteiligten sich 120 Organisationen, Schulen, Jugendzentren und jüdische Gemeinden aus 95 Städten in allen Bundesländern mit 280 Veranstaltungen an den Aktionswochen. Diese fanden 2012 zum zehnten Mal statt.

Das Projekt wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Gesamtfördersumme: 69.382 €. Kofinanzierung der Amadeu Antonio Stiftung: 10% der Gesamtsumme.

Bürgerstiftungen für demokratische Kultur – die demokratischen Kümmerer vor Ort stärken!

Die Amadeu Antonio Stiftung begleitete auch 2012 weiter die Gründung der Bürgerstiftung Wedding, in der sich mittlerweile zwanzig Initiatorinnen und Initiatoren zwischen 19 und 75 Jahren aus verschiedenen beruflichen und kulturellen Bereichen engagieren. In 2011 wurden bereits 5.000 Euro Stiftungskapital gesammelt.

Im September fand zum ersten Mal die berlinweite "Woche der Sprache und des Lesens" statt. Nachdem sie bereits drei Mal im Bezirk Neukölln durchgeführt wurde und auf große positive Resonanz stieß, weiteten die Organisatorinnen und Organisatoren die Sprachwoche nun auf ganz Berlin aus. Die Gründungsinitiative "Bürgerstiftung im Wedding" übernahm die Koordination der Sprachwoche für den Wedding. Neben einem Auftaktfest am 1. September 2012 u.a. mit der Schirmfrau Christina Rau wurden viele Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten durchgeführt – in Bildungseinrichtungen, auf öffentlichen Plätzen, in Cafés oder in der U-Bahn.

Im Oktober 2012 fand auch wieder in Kooperation mit der Aktiven Bürgerschaft das Forum Bürgerstiftungen Ost statt. Auch dieses wird 2013 fortgeführt!

Fördern

Geförderte Projekte 2012

Im Jahr 2012 konnte die Amadeu Antonio Stiftung bisher 81 Initiativen und Personen finanziell unterstützen – so viele Einzelprojekte wie in den letzten fünf Jahren nicht! Dass der Bedarf an einer nachhaltigen Finanzierung gegen Rechtsextremismus nach wie vor wächst, zeigt der hohe Anteil der Projektförderungen. So wurden 46 verschiedene Projekte für eine demokratische Kultur und gegen Neonazismus mit insgesamt 46.577,35 € gefördert. Die *stern*-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ förderte, vor allem im Bereich der selbstorganisierten Jugendprojekte, 11 mutige Initiativen mit insgesamt 7.850 €. Im Rahmen der Kampagne „Kein Ort für Neonazis“ wurden Projekte mit dem Schwerpunkt Mecklenburg-Vorpommern mit 2.560 € unterstützt. Das Projekt „Lola für Lulu“ förderte mit seinem lokalen Projektfonds in Höhe von 1.500 €. Der Opferfonds CURA unterstützte die Betroffenen rassistischer Gewalt in 28 Fällen und stellte dabei 20.371,13 € zur Verfügung.

Auch EXIT wurde in diesem Jahr mit 38.159,87 € unterstützt, um Neonazis weiterhin eine Perspektive beim Ausstieg aus der Szene zu bieten. Die vielen Aussteigerinnen und Aussteiger sind ein deutliches Signal an die Szene!

An dieser Stelle gilt unseren Spenderinnen und Spendern ein herzlicher Dank.

Opferfonds CURA – zur Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Im Jahr 2012 konnte der Opferfonds CURA in 28 Fällen mit insgesamt 20.371,13 € aktiv werden. So wurde Privatpersonen oder Familien geholfen, die Opfer rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Gewalt wurden. Aber auch Projekte, die sich dem Schutz von Minderheiten widmen oder die Opferperspektive in den Blick der Öffentlichkeit rücken, wurden gefördert; ebenso wurden ehrenamtliche Opferberatungsstellen unterstützt.

Einem jungen Paar aus Hoyerswerda, das sich konsequent gegen Nazipropaganda in der Stadt wehrte, konnte mit den Mitteln aus dem Opferfonds CURA schnell und unbürokratisch geholfen werden. Nachdem die beiden massiv von Neonazis bedroht wurden, mussten sie die sächsische Stadt verlassen – weil die Polizei erklärte, ihnen keinen Schutz bieten zu können. Das Paar beschloss schweren Herzens, Hoyerswerda zu verlassen; sie fühlten sich nicht mehr sicher. Der Opferfonds CURA half ihnen, den Umzug in eine neue Heimat zu finanzieren.

Auch ein Restaurantbetreiber aus Geithain (Sachsen) und seine Mitarbeiter wurden Opfer von Neonazis. Seit der Eröffnung im Januar 2012 wurde das Lokal wiederholt von Neonazis angegriffen und die Mitarbeitenden bedroht. Den Höhepunkt des rassistischen Terrors bildete ein Sprengstoffanschlag auf das Restaurant, bei dem das Geschäft erheblich beschädigt wurde, die Inneneinrichtung wurde zum Teil völlig zerstört. Letztendlich wurde das Lokal aufgrund der massiven Bedrohung geschlossen. Auch hier konnte der Opferfonds CURA bei der Unterstützung der ehemaligen Mitarbeitenden helfen.

Nicht nur Einzelpersonen, auch wichtige Projekte für die Unterstützung und Begleitung von Betroffenen werden durch den Opferfonds CURA gefördert. So erhielt die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Thüringen, ezra, finanzielle

Unterstützung für die Ausstellung „*Angsträume - Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen*“. Die Ausstellung wird in verschiedenen Orten Thüringens gezeigt und will für die erschreckende Alltäglichkeit rechter Gewalt sensibilisieren.

Ein weiteres Projekt im Rahmen der CURA-Förderung waren die Bremer Projektstage „Köfte Kosher“, bei denen sich jüdische und muslimische Jugendliche mit Themen wie Diskriminierung, Zivilcourage und alltäglichem Rassismus beschäftigten. Die Projektteilnehmenden setzten sich mit den Todesopfern rechter Gewalt auseinander und fanden einen kreativen Weg, den getöteten Menschen ein Gesicht im Stadtbild zu geben und so dem Vergessen entgegenzuwirken.

Mit dem Start der neuen Webseite www.opferfonds-cura.de konnte maßgeblich zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit beigetragen werden. Berichte und Reportagen über Opfer rechter Gewalt, aber auch über kreative Projekte für Minderheitenschutz oder gegen das Vergessen tragen dazu bei, dass das Thema verstärkt in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Die Überprüfung und Überarbeitung der Liste der Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 sorgte für eine erhöhte mediale Wahrnehmung der Amadeu Antonio Stiftung im Allgemeinen und des Opferfonds CURA im Besonderen.